

Reinhart Köbler, Gerhard Hauck

---

## Überlebensstrategien und Informalisierung in postkolonialen Gesellschaften

In der Debatte um den „informellen Sektor“ verschränken sich sehr unterschiedliche Problemlagen und Interessen. In einem eher entwicklungspolitischen Zusammenhang ging es einmal um Übergangslösungen am Arbeitsmarkt, in Zeiten forcierter Deregulierung scheint Informalisierung manchen geradezu als Zauberwort zur Überwindung von wirtschaftlichen Blockaden und Krisenerscheinungen. Zwar harrt der „informelle Sektor“ auch im dritten Jahrzehnt dieser Debatte einer begrifflichen Bestimmung, doch scheint uns unbestreitbar, dass die mit diesem Terminus oft eher diffus bezeichneten Zustände und Prozesse von wesentlicher Bedeutung für gesellschaftliche Entwicklungen der Gegenwart sind. Wie wir zeigen möchten, sind sie in ihrer Brisanz freilich nur ganz zu verstehen, wenn die Informalisierungsprozesse auf wirtschaftlichem Gebiet nicht isoliert von der Ausbreitung informeller Politik gesehen werden. Wir wollen im folgenden zunächst eine begriffliche Präzisierung zum „informellen Sektor“ vorschlagen, indem wir den Zusammenhang von Informalität mit Unsicherheit und Überlebensstrategien herausarbeiten. Die Betrachtung der Überlebensstrategien der Armen führt uns dann auf das komplexe Geflecht horizontaler und vertikaler Beziehungen und Verpflichtungen, das solche Strategien mit dem spezifischen Charakter postkolonialer Staatsapparate und ihrer Funktionsweise, schließlich auch mit informeller Politik verknüpft. Dabei interessieren uns besonders die vom industriekapitalistischen Typus abweichenden Formen der partiellen gesellschaftlichen Einbettung informeller Aktivitäten. In allen diesen Zusammenhängen erweisen sich Informalisierungsprozesse nicht, wie dies gern behauptet wird, als Abweichung von der Moderne, sondern als spezifischer Ausdruck von und Form der Auseinandersetzung mit der Moderne. Die Problematik dieser Tatsache wird dann noch einmal in den Blick gerückt durch Verweise auf die Übergänge zwischen informeller Politik und der Kriminalisierung staatlicher Strukturen. Die von uns diskutierten Fallbeispiele beziehen sich im wesentlichen auf Afrika südlich der Sahara, doch soll dies nicht bedeuten, daß Informalisierungsprozesse mit den von uns herausgearbeiteten Konsequenzen nicht auch in anderen Teilen der Welt zu beobachten sind.

## **Informalisierung gegen Bürokratie und politisches Monopol**

Daß das Konzept des „Entwicklungsstaates“ praktisch gescheitert ist, hat nicht nur den Anspruch auf ein politisches Monopol zur Bündelung aller „nationalen“ Kräfte mit dem Ziel nachholender Entwicklung in den meisten postkolonialen Gesellschaften delegitimiert (vgl. etwa Anyang' Nyong'o 1987, 1991; Shivji 1985); durch dieses Scheitern wurde auch ein Prozeß umfassender Informalisierung verstärkt, der auf einer ganzen Reihe von Ebenen abläuft. Vor allem zeigt sich eine zunehmende und folgenreiche Verschränkung zwischen der Informalisierung sehr unterschiedlicher wirtschaftlicher Prozesse und der Ausbreitung informeller Politik.

In beiden Fällen geht es um die Umgehung oder auch um die Aufhebung und das Fehlen formal institutionalisierter Regelmäßigkeit. Sie nimmt im einzelnen recht unterschiedliche Formen an und ist auf stark divergierenden Ebenen angesiedelt. Befürworter einer verstärkten Informalisierung oder Deregulierung wirtschaftlicher Prozesse verweisen vor allem auf die Ineffizienz als Folge exzessiver staatlicher Verregelung; der „informelle Sektor“ erweise sich demgegenüber als Bereich effizienter Lösungen (vgl. de Soto 1992). Gegen politische Monopole und ihr Scheitern bei der Inszenierung staatlich geleiteter Entwicklungsprozesse wurden politische Rechte und Artikulationsmöglichkeiten eingeklagt, was die Artikulation und *Organisation* von Interessen notwendig einschließt (vgl. Anyang' Nyongo 1987; Shivji 1985). Nicht zuletzt die Strukturanpassungsprogramme haben wirtschaftlicher Deregulierung und der damit verbundenen Expansion informellen Wirtschaftens eher zum Durchbruch verholfen als politischer Partizipation. Damit wurden aber auch neue Bedingungen für Alltagsstrategien des Überlebens ebenso wie für Strategien der Sicherung etablierter und der Schaffung neuer Machtpositionen geschaffen.

Die Rede von einem „informellen Sektor“ bezog sich zunächst auf „informelles“ Wirtschaften und bezeichnete eine Auffangposition angesichts der beschränkten Absorptionsfähigkeit des offiziellen Arbeitsmarktes (vgl. Pries 1996: 9ff). In der Folge erwiesen sich die damit bezeichneten überaus unterschiedlichen Erwerbs-, Sicherungs- und Überlebensstrategien als weit dauerhafter und wohl auch nicht als so neu, wie sie den Entwicklungsplannern Anfang der 1970er Jahre vorkommen mochten. Die Attraktivität des „informellen Sektors“ für Konzepte der Entwicklungspolitik dürfte eben in der großen Flexibilität liegen, die Raum zu bieten scheint für heterogenste Gruppierungen und Aktivitäten, von der Straßenprostituierten bis zum Bordellbesitzer, vom Erdnußverkäufer an der Straßenecke bis zum Opiumschmuggler, vom unbezahlten Schlachterlehrling bis zum faktischen Kleinkapitalisten mit bis zu 15 Beschäftigten. Damit hängt unmittelbar eine Schwierigkeit zusammen: Das „wandelbare Wundertier“ informeller Sektor

(Kößler/Lenz 1984) widersetzt sich einer einfachen begrifflichen Festlegung. Die Rede von einem „Sektor“ suggeriert ferner die Vorstellung von einem abgeschlossenen Raum mit eigenen, vom „formellen“ Bereich getrennten Wirtschaftskreisläufen. Dies widerspricht der Realität: Menschen wie Warenströme bewegen sich permanent von hier nach dort und wieder zurück, so daß eine Grenzziehung illusorisch wird. Sinnvoller scheint es, von *Prozessen* der Informalisierung zu sprechen. Bei aller Unterschiedlichkeit stehen diese Prozesse durchweg im latenten oder offenen Widerspruch zu den Kontrollansprüchen, die sich mit moderner rationaler Staatlichkeit und insbesondere mit staatlichen Souveränitätsrechten verbinden. So gesehen könnte man sagen, daß Informalisierungsprozesse Staatlichkeit von unten aufweichen, während die pauschal mit Globalisierung bezeichneten Tendenzen einerseits Informalisierung forcieren, aber zugleich auch staatliche Verfügungsmöglichkeiten von oben einschränken und untergraben. Wie schon angedeutet, teilen sich Informalisierungsprozesse in verschiedene Dimensionen auf. Wir wollen zunächst subalterne Überlebensstrategien betrachten, um dann deren Verknüpfung mit informellen Strukturen und Prozessen zu verdeutlichen, die mit der Nutzung von Aneignungschancen zu tun haben, die sich aus (staatlichen) Herrschaftspositionen ergeben.

### **Überlebensstrategien der Armen**

Überlebensstrategien sind vor allem durch die in der Armutssituation wurzelnde Zielsetzung der Risikominderung und Risikostreuung gekennzeichnet. In extrem unsicheren Situationen werden unterschiedlichste Erwerbs- und Subsistenzmöglichkeiten genutzt und miteinander kombiniert. Es ergeben sich kombinierte Haushaltsstrategien, wie sie für die Zeit des Frühkapitalismus aus der Mischökonomie der *labouring poor* im westlichen Europa bekannt sind (vgl. Lenz 1984: 62ff) und im Hinblick auf postkoloniale Gesellschaften vor allem im Zusammenhang mit der „Bielefelder“ Subsistenzdebatte diskutiert wurden (vgl. Schiel/Stauth 1981; Elwert u.a. 1983). Im Vordergrund steht dabei die Nutzung aller sich bietender Chancen, wobei den Grenzen von Sektoren oder Produktionsformen, die im akademischen Diskurs anerkannt oder umstritten sein mögen, verständlicherweise wenig Beachtung geschenkt wird: Kombiniert werden formelle und informelle Beschäftigungsverhältnisse ebenso wie marktorientierte und vom Markt unabhängige Formen der Subsistenzproduktion. Der Kalkül der Risikostreuung und der Optimierung der lang- oder wenigstens mittelfristigen Reproduktion des Haushaltes erhält daher Vorrang vor punktueller Erwerbs- oder Profitmaximierung: Die Mischökonomie der Armen gehorcht einer eigenständigen, von der kapitalistischen Logik deutlich abweichenden Rationalität.

Drei konstruierte, aber realitätsnahe Beispiele sollen das verdeutlichen. Dabei steht als Determinante die extreme Unvorhersehbarkeit der Entwicklungen in den Rahmenbedingungen der politischen und ökonomischen Aktivitäten der Armen im Vordergrund. Die erratischen Kapriolen der Weltmarktpreise, des Wetters (insbesondere in Afrika), des polizeilichen Zuschlagens, der Kämpfe um die Staatsmacht, der Verfügbarkeit von billigen oder freien Rohstoffen zwingen sie, stets auf neue Krisen eingerichtet zu sein; sie dürfen sich deshalb nie von einem einzigen Produkt, einem einzigen Stück Land, einem einzigen Markt, einer einzigen Einkommensquelle abhängig machen.

So wird ein armer bäuerlicher Haushalt (vgl. zum folgenden Elwert 1983 im Kontext von Benin), auch wenn der Erdnuß-Preis noch so hoch ist und zu bleiben verspricht, niemals sein ganzes Land und seine ganze Arbeitskraft in die Erdnuß-Produktion stecken. Vielmehr wird beispielsweise der Vater noch zusätzlich Mais anbauen, die Mutter noch Maniok und Hirse, die Töchter werden Teile davon in Mini-Garküchen an der nächsten Fernstraße verarbeiten und als Fertiggerichte verkaufen, einer der Söhne wird zusammen mit anderen jungen Leuten im Rahmen der Nachbarschaftshilfe auf dem Erdnuß-Feld des Vaters arbeiten, ein zweiter als Lohnarbeiter bei einem reichen Nachbarn, der dritte in der Stadt als fliegender Händler, obwohl er dort wahrscheinlich weniger verdient, als er in guten Zeiten in der Erdnuß-Plantage erwirtschaften könnte. All dies widerspricht der kapitalistischen Logik der Profitmaximierung, besitzt aber seine eigene Rationalität; denn selten sind alle Aktivitäten in gleicher Weise von einer Krise betroffen.

Vergleichbare Strategien fahren aber auch Bewohner von – häufig illegalen – Slumsiedlungen in den Städten (vgl. zum folgenden Pottier 1988 im Kontext Zambias): Der Vater mag sich nach seiner Entlassung als Minenarbeiter mit Hammer, Schraubenschlüssel und Flickzeug ausgerüstet haben und nun auf dem Bürgersteig eine „Fahrradreparaturwerkstatt“ betreiben; die Mutter arbeitet vier Monate im Jahr bei Verwandten auf dem Land gegen einen Ernteanteil an Hirse und Mais, den sie dann weitere vier Monate zum (nicht konzessionierten) Bierbrauen und -verkauf nutzt, um schließlich den Rest des Jahres auf Schmuggelfahrt unterwegs zu sein; die Tochter baut auf einem irgendwie okkupierten Stück Land zwischen den Bahngleisen Mais für den Eigenbedarf; der Sohn ist Bürobote oder Lehrling bei einem Schlachter am Straßenrand.

In einer Minensiedlung am Rand der Namib-Wüste konnten sich die Einwohner nach der Schließung des offiziellen Bergbaus (vgl. zum folgenden Kuper 1995) und dem Wegfall der allermeisten Möglichkeiten zum Lohn-erwerb durch die Verknüpfung unterschiedlichster Subsistenz- und Einkommensformen weiter am Ort halten. Dazu gehören bescheidene Land-

wirtschaft ebenso wie Kleinhandel und die Altenrenten, die in vielen Gegenden des südlichen Afrika die wichtigste Quelle von Bargeld auch in großen Haushalten sind. In gewissem Umfang können die Leute auf eigene Rechnung noch Erzreste im Abraum der Mine verwerten. Hinzu kommen gelegentlich informelle Lohnarbeit, etwa als Hausangestellte, Kleinhandel, Bierbrauen u.ä. Hier spielen aber auch die Folgen der langjährigen Arbeitsmigration eine Rolle. Dazu gehört oft die Mobilität von Männern. Aber es werden auch Kinder zu Verwandten geschickt, Einzelpersonen und ganze Familien migrieren hin und her. Spielen hier schon reziproke Verpflichtungen eine wesentliche Rolle, so erweisen sie sich bei der strikt beachteten Norm des Teilens als das eigentlich entscheidende Element, das ein Überleben ermöglicht.

In diesen hier modellhaft zitierten Fallbeispielen kommt die Weltmarktabhängigkeit der Überlebensstrategien der Haushalte deutlich zum Ausdruck. Die Schwankungen und der langfristige Abwärtstrend der Weltmarktpreise für agrarische Rohstoffe wie Erdnüsse oder für Bergbauprodukte bilden ein wesentliches Moment dafür, daß eine profit- oder erwerbsmaximierende Konzentration auf ein Produkt oder auf Lohnarbeit entweder verstellt ist oder höchst irrational wäre. Risikostreuung im Verbund des Haushaltes und Nutzung möglichst aller sich bietenden Möglichkeiten bildet die bei weitem stabilere Alternative. Und im letztgenannten Beispiel wird auch klar, daß es der verlässlichen Kooperation mehrerer Haushalte bedarf, um Überlebensstrategien effektiv werden zu lassen.

Diese Strategien müssen sich an objektiven Gegebenheiten orientieren, die nicht nur großen Schwankungen unterliegen, sondern sich auch strukturell sehr schnell ändern können, was vor allem versinnbildlicht wird mit dem Abbruch von Extraktionsprozessen. Die Minenschließung ist in einer Region häufig gleichbedeutend mit dem Ende relevanter Möglichkeiten zur Lohnarbeit. Solche Rahmenbedingungen, so entscheidend sie sind, liegen weit außerhalb der Kontrolle derer, die damit oft recht abrupt konfrontiert werden. Auch dies läßt die Streuung von Risiken als die rationalste Vorgehensweise erscheinen.

Zugleich läßt sich an unseren Beispielen unschwer erkennen, daß auch innerhalb der Haushalte die Chancen ungleich verteilt sind. Typischerweise haben Männer eher Möglichkeiten zum Anschluß an den Geldnexus und machen sich – etwa durch Migration – von den Verpflichtungen gegenüber Kindern frei, während Frauen häufig auf nicht-monetäre Tätigkeiten verwiesen werden, jedoch durch Bierbrauen und andere Verarbeitungsformen von Nahrungsmitteln auch spezifische Formen des Gelderwerbs nutzen.

## Überlebensstrategien und informelle Politik

Mit der Auffächerung von Erwerbs- und Subsistenzformen allein ist es jedoch nicht getan. Risiken sind aber nicht auf die Ökonomie im engeren Sinn beschränkt. Die prekäre Lage der Mischökonomie der Armen hat auch eine politische Dimension, und auch hier gilt es, Risiken vorzubeugen und sie nach Möglichkeit zu streuen. Gerade staatliches Handeln erweist sich oft als einer der größten und unberechenbarsten Risikofaktoren im Alltag. Auch „schwache“ oder „weiche“ Staaten sind gerade dadurch gekennzeichnet, daß sie punktuell und willkürlich, also in kaum vorhersehbarer Weise, ein oft erschreckendes Gewalt- und Repressionspotential entfalten. „Slum Clearance“ und Vertreibung der Bewohner, Polizeirazzien gegen Straßenhändlerinnen oder inoffizielle Kneipen (*kuka shops, shebeens* usw.), illegale Schutzgeldforderungen durch die Polizei sind ständig einzukalkulierende Eventualitäten. Auch Investitionen zur Absicherung gegen derartiges willkürlich-despotisches Verwaltungshandeln (Spittler 1981: 21ff) sind notwendig Bestandteil der Risikominimierungs-Strategie. Mittel der Wahl ist es, gute Beziehungen, Patron-Klientel-Verhältnisse zu den örtlichen oder regionalen Notablen herzustellen – etwa durch unentgeltete Dienstleistungen oder durch Erledigung politischer Schmutzarbeit für sie. Als Verbindungsleute zum zentralen Staatsapparat bzw. zur Einheitspartei können diese Notablen je nachdem eine schützende oder weniger schützende Hand über ihre Gefolgsleute halten; und sie werden ihrerseits von nationalen Spitzenpolitikern als Beschaffer von Gefolgschaften und gegebenenfalls von Wählerstimmen benötigt. Ebenso ist die Schaffung von vertikalen und horizontalen Bündnissen häufig Bedingung dafür, über formal zugestandene Rechte auch wirklich verfügen zu können. Dabei zeigt sich erneut die Bedeutung von Informalisierungsprozessen, die außerhalb des Wirkungsbereichs gesetzten Rechtes (*law*) stattfinden, aber keineswegs ohne Bezug zu ihm, gerade auch dann, wenn es um die Wahrung und Verteidigung von „Rechten“ (*rights*) geht (vgl. Cousins 1997: 61).

Offensichtlich beruhen Überlebensstrategien nicht nur auf dem Bestreben, letztlich kaum beherrschbare Risiken einzugrenzen, sondern auch auf einer minimalen Verlässlichkeit und Funktionstüchtigkeit sozialer Beziehungen, auf begründetem Vertrauen. In den zitierten Beispielen kann die Risikostreuung nur effektiv werden, wenn alle Beteiligten hinreichend sicher sein können, daß die Erträge der unterschiedlichen Aktivitäten in einen gemeinsamen Konsumtionstopf wandern und so alle relativ spezialisierten Mitglieder des (Familien-) Haushaltes sich gegenseitig materiell abstützen und damit insgesamt eine höhere Versorgungssicherheit erreichen als durch rein individuelle Erwerbsstrategien. Dies kann als das eine notwendige moralische Element in den Überlebensstrategien verstanden werden. Es handelt

sich nicht, wie gern behauptet wird, um das irrationale Moment einer „economy of affection“, die im Sinne des unbehinderten Wirkens der Marktkräfte wegrationalisiert werden müßte (Hydén 1983: 8ff). Einer solchen, gleichsam umgekehrt romantisierenden, modernisierungstheoretischen Sicht auf die Verhältnisse ist entgegenzuhalten, daß die Überlebensstrategien keineswegs traditional sind im Sinne vormoderner Restbestände. Unter den Bedingungen von Armut und Unsicherheit sind sie vielmehr die effektivere und rationalere Form der Auseinandersetzung mit den durch den Weltmarkt gesetzten Rahmenbedingungen als etwa Fixierungen auf nur eine Erwerbsquelle. Das bedeutet natürlich nicht, daß Überlebensstrategien nicht auch mit der ihnen inkongruenten Marktrationalität kollidieren.

Überlebensstrategien beruhen demnach vor allem anderen auf der Mobilisierung möglichst sämtlicher verfügbaren Ressourcen. Aber diese Ressourcen sind nicht beliebig. Für Arme sind sie vorgegeben durch eine von ihnen nicht kontrollierbare Rahmensituation. Eben dies macht die subalterne Lage der Armen aus: Zwar sind sie geradezu dazu verdammt, relativ eigenständige Strategien zu entwickeln und zu verfolgen, doch zu gleicher Zeit können sie dies nur in einem vorgegebenen, durch überlegene Mächte definierten Rahmen tun. In Zeiten des Wegfalls von Währungskontrollen und Einfuhrzöllen, angesichts der sozialen Folgen von Strukturanpassungsprogrammen sind diese Rahmenbedingungen stärker noch als früher mitbestimmt durch die Dynamik und die Ungleichgewichte des Weltmarktes. Unsicherheiten haben sich erhöht und die Möglichkeiten, die eigenen Lebensbedingungen zu kontrollieren, sind weiter zurückgegangen.

Gerade unter diesen Umständen gehört zu den Ressourcen, die für Überlebensstrategien mobilisiert werden, ganz wesentlich soziales und auch politisches Kapital im Sinne Bourdieus. Das wird an den konstruierten Modellbeispielen bereits daran deutlich, daß die Risikostreuung nur funktionieren kann unter der Bedingung eines hinreichend intakten kooperierenden Sozialgefüges, hier des Familien-Haushaltes einschließlich der geschlechts- und der generationenspezifischen Arbeitsteilung und Herrschaftsverhältnisse, die diesen kennzeichnen. Zum sozialen und politischen Kapital gehören die angedeuteten, oft widersprüchlich erscheinenden „kulturellen Repertoires“ und ihre situativen Kombinationen (vgl. Bayart u.a. 1999: 32); dazu gehören aber auch die bereits bezeichneten Klientel- und Patronagebeziehungen, oft auch unter Aktivierung ethnischer, auf den ersten Blick primordiale Loyalitäten.

Staatliches Handeln, etwa legal mögliche und trotzdem dubiose Polizeieinsätze wie die erwähnten Razzien gegen Straßenverkäuferinnen, erscheint einerseits als kaum berechenbare Bedrohung. Dagegen können vertikale Beziehungen, Protektion durch mächtige Notabeln einen gewissen Schutz gewähren. Diese schließen hier Strategien zum Aufbau von Netzwerken

der Abhängigkeit und Loyalität an. In solchen Netzwerken kommen zum einen gleichgerichtete Interessen von Patron und Klientel zum Ausdruck, was freilich der hierarchischen Beziehung keinen Abbruch tut: Der Zugang zum Staatsapparat und neuerdings auch zu Nicht-Regierungsorganisationen vermittelt einen gewissen Schutz und ferner Aneignungschancen, die asymmetrisch genutzt werden. Damit geht einher der Prozeß der Informalisierung von Politik (vgl. Chabal/Daloz 1999: 26-30).

### **Einbettung und die Bedeutung „moralischer Ökonomie“**

Aneignungschancen sind in postkolonialen Gesellschaften häufig staatlich vermittelt und zumeist an externe Ressourcenströme geknüpft. Die gesellschaftlich dominante Orientierung auf Außenbeziehungen ist nicht nur für Afrika charakteristisch (vgl. Bayart 1989; Hauck i.E.), sondern mit Abwandlungen etwa auch für Süd- und Südostasien (vgl. Pfaff-Czarnecka 1999; Schiel 1998). Entscheidend im Hinblick auf Informalisierungsprozesse ist aber vor allem die Bedeutung der Mitgliedschaft im Staatsapparat als Chance zur Kontrolle und Aneignung von Ressourcenströmen (vgl. Kößler 1994, Kap. 9). Die unter Ausnutzung solcher Positionen aufgebauten Beziehungsnetzwerke erstrecken sich auf alle gesellschaftlichen Ebenen und weisen teilweise globale Reichweiten auf. Sie beruhen auf dem Tausch von Protektion gegen Loyalität. Damit knüpfen sie an die Überlebensstrategien der Armen an. Persönliche Loyalität ist zunächst die andere Seite des Schutzbedürfnisses, das sich aus informellen Überlebensstrategien ergibt. Im Kontext vertikaler, also hierarchischer Reziprozitätsbeziehungen kommt es zu spezifischen Prozessen der „Redistribution“, die Chabal/Daloz (1999: 79ff) in ihrer Analyse informeller Politik in Afrika als die unter den gegebenen Verhältnissen eintretende Form der Verantwortlichkeit (accountability) und Legitimität interpretieren, wobei sie zugleich auf die Effekte der Machtbildung nach dem Muster des „big man“ verweisen. Dieser ist dadurch gekennzeichnet, daß er sein Prestige und die Loyalität seiner Gefolgsleute in erster Linie durch Großzügigkeit sichert (vgl. Sahlin 1963). Seine Machtstellung ist daher vor allem von seiner Fähigkeit abhängig, sich möglichst kontinuierlich die für den dauernden Erweis seiner Großzügigkeit und die Erfüllung der aus diesem Anspruch erwachsenden Verpflichtungen erforderlichen Ressourcen zu sichern. Anders als Chabal und Daloz sehen wir diese Verhältnisse nicht auf Afrika beschränkt. Machtpositionen nach dem Muster des „big man“ existieren auch in vielen anderen postkolonialen Zusammenhängen.

Unter den skizzierten Umständen ist von staatlichen Funktionsträgern kaum zu erwarten, daß sie etwa dem Bild der bürokratisch-legalen Herrschaft im Sinne Max Webers entsprechen. Auch wenn dies heute das offi-



ziell anerkannte Verwaltungsmodell für postkoloniale Staaten darstellt, zumal in ihrer Eigenschaft als Glieder der internationalen Staatengemeinschaft (vgl. Kößler 1994: 17f, 46ff), so wäre eine entsprechende Handlungsweise einzelner staatlicher Funktionsträger dennoch irrational und in bestimmter Weise normwidrig. Umgekehrt entsprechen nämlich die gern unter „Patronage“ subsumierten Strategien und Verhaltensweisen sehr genau den Erwartungen an Mitglieder eines Staatsapparates, der von gesellschaftlichen Zusammenhängen und Interessen gerade nicht klar unterschieden ist. Hierher gehören Verhaltenserwartungen auf der Grundlage „moralischer Ethnizität“ (Lonsdale 1996) ja selbst die nur scheinbar paradoxen Kategorien einer moralischen Ökonomie der Kriminalität oder der Korruption (vgl. Chabal/Daloz 1999: 78, 169). Die moralökonomische Einbettung der Wirtschaft ist eben nicht gleichbedeutend mit deren harmonischer Unterordnung unter die Bedürfnisse einer Gesellschaft oder Gemeinschaft von Freien und Gleichen. Einbettung bedeutet zunächst einmal nur, daß die Ökonomie sich nicht wie in der kapitalistischen Gesellschaft die Zielsetzungen, also die Maximierung des Profits, selbst vorgibt. Vielmehr werden diese Zielsetzungen hier von anderen, d.h. politischen oder ideologischen Instanzen bestimmt. Wo diese herrschaftlich verfaßt sind, ist notwendig auch die Moralökonomie durch Herrschaft geprägt, und nicht zuletzt dadurch, daß die herrschenden Gedanken und Normen meistens die Gedanken und Normen der Herrschenden sind.

Unter diesen Gesichtspunkten wäre es unter den Bedingungen wenigstens teilweiser gesellschaftlicher Einbettung (vgl. Polanyi 1977; Kößler/Schiel 1996: 137-150) von Staat und Wirtschaft verfehlt, solche informellen Strategien des Erwerbs und der Sicherung von Macht und Reichtum einfach als deviantes Verhalten zu betrachten, wie dies die Rede von Patronage, Korruption und Kriminalität zunächst nahelegen könnte. Deviant sind diese Verhaltensweisen allein aus der Sicht einer idealtypisierten kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Einer Art von „Einbettung“ der Ökonomie in den gesamtgesellschaftlichen Rahmen bedarf es zwar auch hier; aber sie ist gänzlich anderer, sehr viel formalerer Natur als in allen nicht-kapitalistischen Gesellschaftsordnungen. Die kapitalistische Ökonomie verfolgt in ihrer *Zielsetzung* der Selbstverwertung des Kapitals nur ihre Eigengesetzlichkeiten, doch auch sie ist abhängig von der Garantie der *Rahmenbedingungen* des Marktes, zumindest von Recht und Geld, durch andere, in der Regel staatliche Instanzen. Durkheim hat knapp diagnostiziert, daß „der Vertrag“ – und folglich auch der Markt – „sich nicht selbst genügt“ (1977: 255). Die Einhaltung von Verträgen in einer auf Kontraktfreiheit beruhenden Marktökonomie kann nicht ihrerseits ins Belieben der Kontraktparteien gestellt werden. Anders gesagt, die Befolgung der Marktprinzipien – Gewinnmachen durch „Ausnützung von Tauschchancen: ... (formell) *fried-*

lichen Erwerbchancen also“ (Weber 1921: 4) – kann nicht selbst durch das Marktprinzip gewährleistet, d.h. zu einer Frage des Geldbeutels gemacht werden. Hier bedarf es gesellschaftlicher Regulierung. Die kapitalistische Gesellschaft braucht daher einen ihr gegenüber relativ autonomen und zudem berechenbaren Staatsapparat. Denn auf der einen Seite darf Recht nicht seinerseits zur käuflichen Ware werden; auf der anderen Seite muß der Staat darauf verzichten, selbst mittels direkter Gewalt volkswirtschaftlichen Surplus abzuschöpfen, wenn das System auch systemoptimal funktionieren soll.

Während sich nun die Verwertung des Wertes – trotz aller moralökonomischen Einschübe – als gesamtgesellschaftlich dominierendes Prinzip in den postkolonialen Gesellschaften weitgehend durchgesetzt hat, gilt dies in weit geringerem Maß für die spezifische Form der gesellschaftlichen Regulierung der Ökonomie. Die Befolgung der Marktprinzipien wird tatsächlich in erheblichem Umfang zu einer Frage des Geldbeutels einerseits sowie des den jeweiligen Akteuren zu Gebote stehenden Gewaltpotentials andererseits. Die kapitalistische Systemrationalität gerät dadurch gewissermaßen von zwei Seiten unter Druck: durch die partiell fortbestehende, vielfältig modern umgewandelte moralökonomische Einbettung auf der einen und durch die mangelhafte staatliche Gewährleistung der Rahmenbedingungen des Marktes auf der anderen Seite. Diese Lücken bewirken ihrerseits Rückkopplungseffekte zur Herausbildung oder Verstärkung spezifischer Machtpositionen im Kontext der Moralökonomie. Von daher zeigt sich deutlich, daß die üblicherweise vorgeschlagenen Rezepte, nämlich weitere Deregulierung und forcierte Zurückdrängung des Staates, an der Realität vorbeigehen (vgl. auch Bayart u.a. 1999: 92ff). Das bisher schon erreichte Ausmaß an „Deregulierung“ stellt bereits nachhaltig die Gewährleistung der Marktprinzipien in Frage. Hier gälte es gerade, den Staat als Regulator zu stärken. Das Dilemma liegt freilich darin, daß mit der Deregulierung auch die Surplusabschöpfung mittels direkter Gewalt und häufig zu partikularen Zwecken expandiert ist. Stärkung und Effektivierung von staatlichen Apparaten hätte es daher zugleich mit diesen Aspekten informeller Politik zu tun.

Aus diesen Gründen ist aber auch die Strategie der internationalen Finanz- und Entwicklungsorganisationen verfehlt, soweit sie auf Informalisierung als Motor kapitalistischer Entwicklung setzt. Gerade im „informellen Sektor“ ist ja die Macht des Staates, als Garant der Rahmenbedingungen der Marktökonomie, definitionsgemäß auf ein Minimum eingeschränkt. Gerade hier stehen ja der Käuflichkeit von allem und jedem, einschließlich des Rechts – und auch der Liebe und der ewigen Seligkeit – am wenigsten Schranken entgegen. Gerade hier haben schließlich Angehörige des Staatsapparats wegen des weitgehenden Fehlens formalisierter Rechtsinstitute die

besten Chancen, in willkürlich-despotischer Weise in das Marktgeschehen einzugreifen und abzukassieren.

Informelle Strategien sind daher nicht Ausdruck traditionellen, letztlich irrationalen und allenfalls zu rationalisierenden Verhaltens. Solche modernisierungstheoretischen Annahmen liegen im besten Fall etwa auch der Empfehlung des Generaldirektors der WTO zugrunde, Armut durch – weitere – Öffnung der Märkte zu bekämpfen (*taz*, 3.9.1999). Entgegen solchen Patentrezepten erweisen sich Informalisierungsprozesse und ihre Ausweitung als Indikator einer sich verschärfenden gesellschaftlichen Krise. Das gilt freilich nicht nur für postkoloniale oder osteuropäische Gesellschaften, sondern ebenso in wachsendem Maß auch für die industriekapitalistisch entwickelten Kerngesellschaften.

### **Schattenwirtschaft und Kriminalisierung von Wirtschaft und Politik**

Gesellschaftliche Informalisierungsprozesse in ihren unterschiedlichen Ausformungen sind demnach Teil und Konsequenz moderner, d.h. kapitalistischer Verhältnisse. Sie stehen im Kontext der gegenwärtig als „Globalisierung“ apostrophierten weltweiten, intensivierten Verflechtung dieser Verhältnisse. Damit sind die Problematik und Virulenz der Informalisierung freilich nicht erschöpft. Sie ordnen sich ein in eine weltweite Tendenz zur Ausweitung wirtschaftlicher Schattenaktivitäten, die unweigerlich ihrerseits zur Globalisierung drängt. Damit soll keineswegs der kriminelle Charakter jeglicher Überlebensstrategie oder sämtlicher informeller Aktivitäten behauptet werden. Es ist jedoch eine Sequenz erkennbar, die nicht zuletzt mit der Anfälligkeit von informeller Aktivitäten gegenüber staatlicher Repression zusammenhängt. Diese Gefährdung endet erst an dem Punkt, wo solche Aktivitäten offiziell anerkannt, damit aber zugleich formalisiert werden. Jean-François Bayart hat dies am Beispiel Afrikas in die zeitliche Kontinuität der individualistischen Figur des Trickster und der damit bezeichneten „kulturellen Repertoires“ gestellt: An dem damit verknüpften „moralischen Universum“ partizipieren der „hohe Staatsdiener, der eine Möglichkeit zur Umgehung der Konditionalität von Gebern ausländischer Hilfe entdeckt“, ebenso wie männliche und oft weibliche Drogenkurier, die einen Weg durch die Zollkontrollen auf Londoner oder New Yorker Flughäfen suchen oder auch die Prostituierte, „die das in ihrem Beruf verdiente Geld zum Unterhalt ihrer Familie benutzt oder als Startkapital für ein Geschäft“ (Bayart u.a. 1999: 37).

Diese Beispiele unterstreichen noch einmal, daß informelle Operationen in äußerst unterschiedlichen Milieus vonstatten gehen – neben der marginalen Überlebensstrategie und mit ihr verschränkt stehen überaus einträgliche global angelegte Schattenoperationen. Dabei ist der Drogenhandel heute

zweifelloso die am meisten beachtete Form informellen Wirtschaftens. Gerade hier tritt die Verknüpfung scharf unterschiedener sozialer Zusammenhänge besonders deutlich zutage. So werden die von Kleinbauern angebaute Kokablätter in der bolivianischen Chapare-Region in einem ersten Verarbeitungsprozeß zwölf Stunden lang mit bloßen Füßen in einem Schwefelsäurebad gestampft (vgl. Hargreaves 1992: 37ff). Die Weiterverarbeitung des Zwischenproduktes und erst recht die globale Distribution des Kokains erfolgen dann unter Ausnutzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und globalisierten Verkehrs- und Kommunikationsmitteln. Informalisierte Politik spielt wiederum eine wesentliche Rolle für die äußerst flexiblen Strategien, mit denen die Verteilungswege organisiert und gewechselt werden. Die wachsende Rolle, die dabei Afrika südlich der Sahara zukommt, wird von Bayart u.a. (1999: 10ff) der kulturellen Wertschätzung von „individueller Anstrengung und Erfolg“ ebenso zugeschrieben wie bestehenden Netzwerken, die auf ethnisch oder auch nationalstaatlich definierten Zusammenhängen beruhen, wie etwa „Ibo“ oder „Nigeria“, aber auch „Ghana“, „Zaire“ oder „Tanzania“. Dieser Hinweis ist wichtig, weil er die Verbindung individualistischer Orientierungen mit der Nutzung „kultureller Ressourcen“ unterstreicht, die nicht allein auf Grund „ethnischer und linguistischer Homogenität“ die nigerianischen Syndikate „für Außenstehende mehr oder weniger undurchdringlich macht“, sondern darüberhinaus die „über Generationen hinweg erworbene kommerzielle Expertise“ „segmentärer, dezentralisierter und flexibler Gemeinwesen“ einsetzt.

### **Informalisierungsprozesse im weltgesellschaftlichen Zusammenhang**

Die Konvergenz zwischen Informalisierungsprozessen im Rahmen von Überlebensstrategien, informeller Politik und der Kriminalisierung staatlicher Apparate unterstreicht nicht zuletzt, daß die popularisierten optimistischen Erwartungen einer Deckungsgleichheit zwischen Markteffizienz, bürokratisch-rationalem Staat und demokratischer Partizipation der Wirklichkeit allenfalls eines kleinen, privilegierten Ausschnittes gegenwärtiger menschlicher Gesellschaften gerecht werden. Wir wollten zugleich deutlich machen, daß die insgesamt sehr bedrohlichen Konsequenzen ökonomischer Deregulierung keineswegs mit völliger Entbettung von Wirtschaft und Staat einhergehen, im Gegenteil: Auch wenn Bayart u.a. die Erwerbsstrategien, die zur Verflechtung von staatlichen und kriminellen Milieus in Afrika beitragen, nachdrücklich als individualistisch bezeichnen, glauben sie dennoch, daß gerade auch solche Strategien in gemeinschaftlichen Zusammenhängen verankert sind und diese zur Effektivitätssteigerung nutzen oder gänzlich von ihnen abhängen. Informelle Zusammenhänge können nicht den Erwartungen gerecht werden, die von entwicklungspolitischer

Seite einmal an den „informellen Sektor“ gerichtet wurden. Es handelt sich nicht um eine vorübergehende Erscheinung zur Überbrückung momentaner Arbeitsmarktschwierigkeiten, sondern um den dauerhaften Ausdruck von Überlebensstrategien. Damit unter anderem hängt auch der große Anteil von Frauen in diesen Wirtschaftsformen zusammen (vgl. Wichterich i.E.). Informelle Strategien und Zusammenhänge unterschiedlichster Art sind aus den gleichen Gründen weder Normabweichungen, noch sind sie unterentwickelt im Sinne eines vormodernen, durch Modernisierung und Entwicklung allenfalls zu überwindenden Zustandes. Sie sind Folge und Ausdruck der Auseinandersetzung mit den Handlungsprovokationen und Lebensrisiken einer gesellschaftlichen Moderne, die das Streben nach Erwerb und die Anstrengung zum Überleben vor ständig neue, beschleunigt wechselnde Rahmenbedingungen stellen. Informalisierungsprozesse sind heute nicht nur in postkolonialen Gesellschaften anzutreffen, von denen hier hauptsächlich die Rede war. Sie breiten sich gegenwärtig vor allem in osteuropäischen Übergangsgesellschaften aus, wo sie in Kontinuität stehen zu den für Gesellschaften sowjetischen Typs charakteristischen Formen der informellen, nicht immer unbezahlten gegenseitigen Hilfe und zu einer Schattenwirtschaft, die auf mehr als ein Drittel des Bruttosozialproduktes geschätzt wurde. Informalisierungsprozesse expandieren aber auch in vielen Bereichen industriekapitalistischer Gesellschaften.

Durch das globalisierte Migrationsgeschehen sind diese Prozesse miteinander ebenso verknüpft wie auf den ersten Blick ganz unterschiedliche Überlebens- und Erwerbsstrategien auf sehr unterschiedlichen Niveaus. Wenn es zutrifft, daß das Auftreten Marginalisierter in den hegemonialen Zentren des Weltzusammenhangs am ehesten die ansonsten abgedrängten Spannungen und Widersprüche einer sich abzeichnenden postfordistischen Regulationsweise zu artikulieren vermag (vgl. Hein 1995), so aktualisieren Informalisierungsprozesse mit besonderer Intensität diese gesellschaftlichen Bruchlinien. Damit ist freilich in keiner Weise impliziert, ein solches Konfliktpotential sei organisationsfähig im Sinne gezielten Protestes oder gar der Einforderung von Veränderungen. Wie wir in groben Linien gezeigt haben, entziehen sich die vorhandenen Solidarbeziehungen gerade allen Ansätzen zu andersartigem Handeln als der – häufig gemeinschaftlichen und hierarchisch strukturierten – Verfolgung letztlich partikularer Interessen.

## Literatur

- Anyang' Nyong'o, Peter 1987: Introduction, in: ders. (Hg.), *Popular Struggles for Democracy in Africa*. London/New Jersey: 14-25.
- Anyang' Nyong'o, Peter 1992: Democratization Processes in Africa, in: *Review of African Political Economy* 54: 97-101.

- Bayart, Jean François 1989: *L'État en Afrique. La politique du ventre*. Paris.
- Bayart, Jean-François/Stephen Ellis/Béatrice Hibou 1999: *The Criminalization of the State in Africa*. Oxford/Bloomington & Indianapolis.
- Cousins, Ben 1997: How do rights become real? Formal and informal institutions in South Africa's land reform, in: *IDS Bulletin* 28/4, pp. 59-68.
- Chabal, Patrick/Jean-Pascal Daloz 1999: *Africa Works. Disorder as Political Instrument*. Oxford/Bloomington & Indianapolis.
- Elwert, Georg 1983: *Bauern und Staat in Westafrika*. Frankfurt am Main/New York.
- Elwert, Georg/Hans-Dieter Evers/Werner Wilkens 1983: Die Suche nach Sicherheit: Kombinierte Produktionsformen im sogenannten informellen Sektor, in: *Zeitschrift für Soziologie* 12: 281-296.
- Hargreaves, Claire 1992: *Snowfields. The War on Cocaine in the Andes*. New York/London.
- Hauck, Gerhard i.E.: Staat und Gesellschaft in Afrika – Historische Kontinuitäten und Diskontinuitäten.
- Hein, Wolfgang 1995: Postfordismus und nachhaltige Entwicklung im globalen Zusammenhang, in: Eckhard Deutscher/Thomas Jahn/Bernhard Moltmann (Hg.), *Entwicklungsmodelle und Weltbilder*. Frankfurt am Main: 144-152.
- Durkheim, Émile 1977: *Die Teilung der sozialen Arbeit*. Frankfurt am Main.
- Hydén, Göran 1983: *No Shortcuts to Progress. African Development Management in Perspective*. Berkeley & Los Angeles.
- Köbler, Reinhart 1994: *Postkoloniale Staaten. Elemente eines Bezugsrahmens*. Hamburg.
- Köbler, Reinhart/Ilse Lenz 1984: Das wandelbare Wundertier: ‚informeller Sektor‘, ökologische Zukunft und Herrschaft, in: Jörg Freiberg/Wolfgang Hein/Thomas Hurtienne/Theo Mutter (Hg.), *Drei Welten – Eine Umwelt. Materialien einer Tagung über Ökologie und Dritte Welt*. Saarbrücken, Fort Lauderdale, 1984; S. 303-320.
- Köbler, Reinhart/Tilman Schiel 1996: *Auf dem Weg zu einer kritischen Theorie der Modernisierung*. Frankfurt am Main.
- Kuper, Anke 1995: *Auskommen ohne Einkommen. Leben in der Bergbausiedlung Uis in Namibia*. Frankfurt am Main.
- Lenz, Ilse 1984: *Kapitalistische Entwicklung, Subsistenzproduktion und Frauenarbeit. Der Fall Japan*. Frankfurt am Main/New York.
- Lonsdale, John 1996: Moral Ethnicity: Ethnic Nationalism and Political Tribalism: the case of the Kikuyu, in: Peter Meyns (Hg.), *Staat und Gesellschaft in Afrika. Erosions- und Reformprozesse*. Hamburg: 93-106.
- Paff-Czarnecka, Joanna 1999: Verteilungskonstellationen in Bajhang. Zu einem besonderen Typus von Mittelstrukturen zwischen Staat und Bürger in (Fernwest-)Nepal, in: *Peripherie* 73/74: 77-97.
- Polanyi, Karl 1978: *The Great Transformation*. Frankfurt am Main.
- Pottier, Johan 1988: *Migrants No More*. Bloomington, Ind.
- Pries, Ludger 1996: Kurze Geschichte eines angekündigten – und nie eingetretenen – Todes: Der Informelle Urbane Sektor in Lateinamerika, in: *Peripherie* 62: 7-28.
- Sahlins, Marshall 1963: Poor Man, Rich Man, Big-Man, Chief: Political Types in Melanesia and Polynesia, in: *Comparative Studies in Society and History* 5: 285-303.
- Schiel, Tilman 1998: Die Wirtschaftskrise in Asien – Eine Skizze, in: *Peripherie* 71: 93-103.
- Schiel, Tilman/Georg Stauth 1981: Unterentwicklung und Subsistenzproduktion, in: *Peripherie* 5/6: 122-143
- Shivji, Issa 1985: Das Wiedererwachen der Politik in Afrika, in: G. Hopfenmüller (Hg.), *Reise zum Internationalismus-Kongress der Grünen Kassel 4./5./6. Oktober 1985*. Bonn: 53-56.
- de Soto, Hernando 1992: *Marktwirtschaft von unten. Die unsichtbare Revolution in Entwicklungsländern*. Zürich/Köln.
- Spittler, Gerd 1981: *Verwaltung in einem afrikanischen Bauernstaat. Das koloniale Französisch-Westafrika 1919-1939*. Wiesbaden.
- Weber, Max 1921: Vorbemerkung, in: ders., *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*. Tübingen, Bd. 1: 1-16.
- Wichterich, Christa i.E.: Zur Vergeschlechtlichung von Arbeit auf globalisierten Märkten, in: *Peripherie* 77/78.